Plenarprotokoll **4/1**
22.10.2002

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

1. Sitzung **4. Wahlperiode**

Dienstag, 22. Oktober 2002, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Alterspräsident Dr. Henning von Storch und Präsidentin Sylvia Bretschneider

Inhalt

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Ernennung von vorläufigen Schriftführern 2

Beschlussfassung über die Geschäftsordnung 2

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern für die 4. Wahlperiode
– Drucksache 4/1 – 2

Beschluss 2

Wahl der Landtagspräsidentin 4

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD:
Wahl der Landtagspräsidentin
– Drucksache 4/2 – 4

Beschluss 4, 9

Sylvia Bretschneider, SPD 4

Wahl der Vizepräsidenten 6

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU:
Wahl der ersten Vizepräsidentin des Landtages
– Drucksache 4/3 – 6

Wahlvorschlag der Fraktion der PDS:
Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Landtages
– Drucksache 4/4 – 6

Beschluss 6, 10

Renate Holznagel, CDU 7

Andreas Bluhm, PDS 7

Wahl der Schriftführer 7

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Wahl der Schriftführer des Landtages
– Drucksache 4/10 – 7

Beschluss 7

Beginn: 14.00 Uhr

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Ernennung von vorläufigen Schriftführern

Alterspräsident Dr. Henning von Storch: Meine Damen und Herren Abgeordnete des Landtages Mecklenburg-Vorpommern! Sehr verehrte Gäste! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur konstituierenden Sitzung des Landtages der vierten Wahlperiode.

Es ist in der parlamentarischen Praxis üblich, dass die erste Sitzung eines neu gewählten Parlaments durch das an Lebensjahren älteste Mitglied des Hauses eröffnet wird. Dieses Mitglied des Landtages eröffnet die konstituierende Sitzung als Alterspräsident und leitet sie bis zur Wahl der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten. Mein Name ist Henning von Storch. Ich bin am 23. Mai 1934 geboren. Der Ordnung halber frage ich, ob jemand der Damen oder Herren Abgeordneten eher geboren ist? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann darf ich als Alterspräsident die erste Sitzung der 4. Wahlperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern eröffnen. Ich stelle fest, dass der Landtag entsprechend Artikel 28 unserer Landesverfassung ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der konstituierenden Sitzung liegt Ihnen vor. Wird dieser vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann gilt die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung als festgestellt.

In Übereinstimmung mit den Fraktionen ernenne ich zu vorläufigen Schriftführern den Abgeordneten Mathias Brodkorb, Fraktion der SPD, den Abgeordneten Vincent Kokert, Fraktion der CDU, und die Abgeordnete Birgit Schwebs, Fraktion der PDS. Ich bitte Frau Schwebs links neben mir und den Abgeordneten Mathias Brodkorb rechts neben mir Platz zu nehmen. Zu stellvertretenden vorläufigen Schriftführern ernenne ich den Abgeordneten Klaus Mohr, Fraktion der SPD, die Abgeordnete Ilka Lochner-Borst, Fraktion der CDU, sowie den Abgeordneten Gerd Walther, Fraktion der PDS. Die soeben ernannten stellvertretenden vorläufigen Schriftführer bitte ich, die vorläufigen Schriftführer bei den anstehenden Wahlen zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Auf der Drucksache 4/1 liegt Ihnen der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS vor.

Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern für die 4. Wahlperiode – Drucksache 4/1 –

Ich lasse darüber abstimmen, ob die vorgelegte Fassung für die 4. Wahlperiode angenommen werden und gelten soll. Wer der Geschäftsordnung des Landtages der 4. Wahlperiode zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Geschäftsordnung des Landtages der 4. Wahlperiode in der vorgelegten Fassung auf Drucksache 4/1 beschlossen.

Damit sind wir mit einer Geschäftsordnung und den vorläufig bestellten Schriftführern handlungsfähig.

Meine Damen und Herren! Für die Eröffnung dieses Landtages hatte ich mir ursprünglich vorgenommen, meine Rede in dem mir so geliebten und geläufigen Mecklenburger Platt zu sprechen. Aber ich musste mich belehren lassen, dass unsere Muttersprache nur noch von wenigen gesprochen, vielleicht von mehreren verstanden wird, so bleibe ich bei unserem Amtsdeutsch.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Schade!)

Die heutige konstituierende Sitzung gibt mir zunächst Gelegenheit, von dieser Stelle aus ausdrücklich allen zu danken, die in Mecklenburg-Vorpommern seit der Wende am Aufbau unseres Landes mitgewirkt haben. Mein Dank gilt insbesondere allen Abgeordneten der 3. Wahlperiode unseres Landtages.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Meine Damen und Herren, der Beginn der neuen, der 4. Wahlperiode unseres Landtages gibt Anlass zu einer Bestandsaufnahme. Der Bundestag hat sich bereits konstituiert. Es gibt erste Eckdaten und Perspektiven der neuen Regierungskoalition in Berlin, die auch für uns von richtungsweisender Bedeutung sind. Aus den Medien erfahren wir von geplanten höheren Sozialabgaben, von direkten Anhebungen von Steuern oder von indirekten durch Umverteilung, vom Ausbau des Versorgungsstaates, von ökologischen Erneuerungen und anderem mehr. Angesichts dieser Vorhaben möchte ich auf unsere gemeinsamen Verpflichtungen und Zielstellungen eingehen und dabei zwei Bereiche ansprechen, nämlich äußere und innere Aufgaben und Verpflichtungen.

Als Parlamentarier von Mecklenburg-Vorpommern haben wir zunächst äußere Verpflichtungen. Bedenken wir heute, dass die Staatsquote der Bundesrepublik Deutschland mit dem heutigen Tage bei weit über 50 Prozent liegt und für die Zukunft mit einer weiteren Steigerung zu rechnen ist. So hat der Bund der Steuerzahler errechnet, dass wir alle bis zum 23. Juli dieses Jahres ausschließlich für den Staat gearbeitet haben sollen. Meine Damen und Herren, das wirft zwangsläufig die Frage auf, welchen Umfang, welche Merkmale soll unser Staat in seiner föderalen Ausgestaltung in Zukunft noch bekommen.

Halten wir zunächst fest, dass die Bedeutung der klassischen hoheitlichen Aufgaben unseres Staates zugunsten der Daseinsvorsorge in nahezu allen staatlichen Ebenen zurückgegangen ist. Der Staat als „Vorsorgemaschine“, wie ihn Ernst Forsthoff, der wohl bekannteste Verfassungsrechtler der alten Bundesrepublik einmal genannt hat, zur Befriedung von Wohlstands- und Wohlfahrtsinteressen durch Umverteilung hat deutlichen Vorrang. Was bleibt eigentlich noch von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie sie das Grundgesetz ursprünglich einmal verankerte? Was bedeuten noch Privateigentum, Eigeninitiative, Eigenverantwortung, wenn nicht nur jegliche Erwerbstätigkeit staatlicher Regulierung unterworfen wird, sondern es praktisch immer weniger noch nicht subventionierte oder nicht staatlich begünstigte Wirtschaftshandlungen gibt? Bleibt der Mensch eigentlich noch Rechtssubjekt oder wird er zum Objekt staatlichen Handelns? Und führt das erklärte Ziel, soziale Gerechtigkeit zu schaffen, nicht zu einer zunehmenden staatsbürgerlichen Ungleichbehandlung?

Für mich stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob die grundgesetzlich verbriefte Freiheit nicht

geradezu unentrinnbar Jahr für Jahr durch die Netze unseres überregulierten Verwaltungsstaates abgeschnürt wird. Meine Damen und Herren, ich meine, es ist an der Zeit, in allen Parlamenten den notwendigen Umfang von Gesetzen und ihnen folgenden Regelungen darauf zu prüfen, welche Lebensbereiche tatsächlich staatlicher Regulierung bedürfen oder ob nicht der eine oder andere Rückbau geboten ist, um wieder die Eigenverantwortung unserer Bürger für seine Lebensgestaltung zu fördern. Erfolg und Nachhaltigkeit staatlicher Lenkungssysteme sind heute mehr denn je in Frage gestellt. Konkret meine ich, wir brauchen wieder weniger Staat als Ziel zukünftiger Gesetzgebung.

Muss uns die bereits genannte hohe Staatsquote, die wohl höchste seit der Gründung der Bundesrepublik, nicht nachdenklich stimmen? Die dadurch verursachte Inanspruchnahme von Unternehmen und Vermögen führt zu deren Auszehrung und lässt eine fortdauernde Umverteilung nicht mehr zu. Aus dem Vorgenannten folgt, dass es bei jeder Gesetzesinitiative einfach notwendig ist zu untersuchen, wie kommt sie unten an, wie und mit welchem Aufwand muss sie angewandt und umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, die Arbeitslosigkeit in unserem Land und die unverminderte Abwanderung junger und qualifizierter Menschen in den Westen sind die politischen Schwerpunktthemen in der vor uns liegenden Wahlperiode. An dem Erfolg oder Misserfolg bei der Bewältigung dieser Aufgaben werden wir in vier Jahren gemessen werden. Wir alle wissen, dass es dabei entscheidend von der politischen Lage, von der Lage unserer Wirtschaft und der Wirkung geeigneter politischer Rahmenbedingungen abhängt, ob eine Trendwende gelingt.

Ich meine auch, meine Damen und Herren, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern uns energischer an den Bund wenden und um Förderung in den wichtigsten Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Wissenschaft und Infrastruktur im weitesten Sinne nachsuchen sollten. Der Bund muss stets an seine Aufgabe erinnert werden, für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Bundesgebiet zu sorgen, also auch bei uns. Die finanzielle Unterstützung des Bundes wie der alten Bundesländer müssen wir in erster Linie für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes nutzen, vor allem angesichts der akuten Situation unserer Wirtschaft.

Aber auch die Bundesländer selber haben Verpflichtungen, denen sie nachzukommen haben. So sollten angemessene Verhältnisse in den Verwaltungsstärken geschaffen werden. Ich meine, es reicht nicht aus, über eine Neustrukturierung der Stadt-Umland-Beziehungen durch Bildung von Großkreisen nachzudenken, deren Effizienz fraglich ist und die notwendige Bürgernähe der Verwaltung außer Acht lässt. Wir brauchen gleichzeitig eine Reform der Zuständigkeiten in den Verwaltungen des Landes und der kommunalen Selbstverwaltung.

Meine Damen und Herren, neben den äußeren Zielstellungen sollte es auch innere geben. Darauf hatte bereits Herr Helmrich als Alterspräsident vor vier Jahren hingewiesen, nämlich, wie gehen wir miteinander und besonders mit Andersdenkenden um. Voranzustellen ist, dass wir eine gemeinsame Verantwortung für unser Land haben. Die Aufgaben, die Rechte und Pflichten von Regierung und Opposition sind in unserer Verfassung klar geregelt. Die der Opposition ergeben sich ausdrücklich aus Artikel 26 der Verfassung, sie sind bekannt.

Herbert Wehner hat einmal darauf hingewiesen, dass sich Demokraten untereinander bis an die Grenze der Unheilbarkeit und zum Teil deutlich darüber hinaus verfeinden können. Hierüber, meine Damen und Herren, gilt es innezuhalten. Auch die Würde des Andersdenkenden ist unantastbar! Wenn es uns gelingt, Sache und Personen zu trennen, wird es mehr Gemeinsamkeit geben, meine ich.

Im Hinblick auf die gemeinsame politische Verantwortung für unser Land, für unseren Staat erinnere ich hier und heute ausdrücklich an Vorgänge in der alten Bundesrepublik vor 25 Jahren – an den Terror der Roten-Armee-Fraktion, der zu einer Staatskrise hätte führen können. Im gemeinsamen Handeln von Regierung – damals von Bundeskanzler Helmut Schmidt – und der Opposition unter dem damaligen Oppositionsführer Helmut Kohl konnte die Stabilität unseres Rechtsstaates erhalten und der RAF-Terror eingedämmt werden.

Ich meine, auch außerhalb von möglichen Krisen und dem gemeinsamen Vorgehen gegen Extremismus sollte im Interesse der Zukunft unseres Landes eine sachliche Zusammenarbeit möglich sein. Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren, dass die viel zitierte Politikverdrossenheit in unserer Bevölkerung auch eine Ursache darin hat, dass persönliche Auseinandersetzungen von Politikern nicht akzeptiert werden, weil dabei Schaden für die eigentliche Sache unterstellt wird. Zu Recht hat vor einigen Tagen unser Bundespräsident Johannes Rau die Abwendung des Bürgers vom Gemeinwesen und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat mit der Folge der Wahlverweigerung beklagt.

Eine andere Ursache der Politik- oder besser gesagt der Politikerverdrossenheit liegt allerdings – und das sage ich hier heute ausdrücklich – in der Wiedergabe von Politik in Teilen der Medien und dass es zuweilen nicht gelingt, komplizierte politische Sachverhalte hinreichend zu verdeutlichen und allgemein verständlich zu machen. Nicht selten, meine Damen und Herren, hat man den Eindruck, dass Politiker zu, wie es in Süddeutschland heißt, zu Watschenmännern der Nation oder zu Buhmännern der veröffentlichten Meinung gemacht werden und ihnen nicht immer Gerechtigkeit widerfährt.

Meine Damen und Herren, als Alterspräsident beeindruckt mich schließlich ein Umstand, den ich nicht unerwähnt lassen möchte und den schon Otto Schily in seiner Rede als Alterspräsident des Bundestages ansprach. Gemeint ist der Anteil älterer Menschen als Mitglieder unserer Parlamente.

Meine Damen und Herren, ich empfinde eine große Freude darüber, dass es viele junge Abgeordnete gibt, die in unser Parlament einziehen, weil sie zu einem Teil Voraussetzung sind für die Kontinuität unserer Parlamente. Dass man aber mit 68 Jahren schon das älteste Mitglied dieses Landtages ist, halte ich für nachdenkenswert. Bereits in der Wirtschaft hat sich eingebürgert, dass insbesondere bei Führungspositionen spätestens ab einem Alter von Mitte 50 an ausgewechselt wird. Ich halte das für einen schweren, auch volkswirtschaftlichen Fehler. Die Menschen in unserem Land werden immer älter, bleiben immer länger fit, sollen aber immer früher aus dem beruflichen und auch dem politischen Leben ausscheiden. Ich hoffe sehr, dass dieser bisherige Trend eine Wende erfährt.

Abgesehen von der zunehmenden Unbezahlbarkeit durch unsere Sozialsysteme in der Wirtschaft wird man

den älteren Menschen, ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten nicht gerecht. Zu viel berufliche und Lebenserfahrung geht verloren, die noch genutzt werden könnte. Eine vernünftige Mischung von jung und älter wäre im wohlverstandenen Interesse unserer Gesellschaft insgesamt.

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns allen im Landtag eine erfolgreiche sachliche Zusammenarbeit im Interesse unseres Landes in der nunmehr beginnenden Wahlperiode und einen guten kollegialen Umgang miteinander. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Wahl der Landtagspräsidentin. Hierzu liegt Ihnen auf Drucksache4/2 der Vorschlag der Fraktion der SPD vor, die Abgeordnete Sylvia Bretschneider zur Landtagspräsidentin zu wählen.

Wahl der Landtagspräsidentin

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD:
Wahl der Präsidentin des Landtages
– Drucksache 4/2 –

Weitere Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren! Nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 Absatz 1 der soeben beschlossenen Geschäftsordnung des Landtages ist die Wahl zur Landtagspräsidentin geheim abzuhalten. Nach Artikel 32 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Den für die Wahl allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von einem der vorläufigen Schriftführer vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist der Name der Kandidatin aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Die Stimmzettel sind in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem vorläufigen Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei Ja, Nein oder Enthaltung enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Ich eröffne hiermit die Abstimmung zur Wahl der Landtagspräsidentin und bitte die vorläufigen Schriftführer und deren Vertreter, ihre vereinbarten Positionen einzunehmen, und die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 14.38 Uhr

Wiederbeginn: 14.45 Uhr

Alterspräsident Dr. Henning von Storch: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der Landtagspräsidentin bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben. Davon waren 71 Stimmen gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Sylvia Bretschneider 40 Abgeordnete mit Ja, 27 Abgeordnete mit Nein, 4 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ich stelle fest, dass die Abgeordnete Sylvia Bretschneider die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Frau Kollegin Bretschneider: Nehmen Sie die Wahl zur Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern an?

Sylvia Bretschneider, SPD: Ja, ich nehme die Wahl an.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Alterspräsident Dr. Henning von Storch: Frau Präsidentin, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses und auch meine persönlichen Wünsche und wünsche Ihnen Glück und Erfolg für Ihr verantwortungsvolles Amt zum Wohle unseres Landes.

(Gratulationen)

Meine Damen und Herren, damit habe ich meine Aufgabe erfüllt und bitte Sie, Frau Präsidentin, Ihr Amt hier zu übernehmen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Die Sitzung wird fortgesetzt.

(Glocke der Präsidentin)

Ich bin gebeten worden, diese Glocke auch mal einzusetzen. Ich hoffe, dass wir sie im Laufe unserer Wahlperiode möglichst selten einsetzen müssen.

Sehr geehrter Herr Alterspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für Ihr Vertrauen, das Sie mir mit Ihrer Wahl entgegengebracht haben.

Bitte gestatten Sie mir, dass ich mich, gemäß der guten Sitte dieses Hauses, zunächst bei Herrn von Storch für seine Arbeit als Alterspräsident bedanke.

(Beifall bei SPD, CDU und Abgeordneten der PDS)

Natürlich freue ich mich über die Zustimmung derjenigen Abgeordneten, die mich heute in das Amt der ersten Landtagspräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern gewählt haben. Gleichzeitig hoffe ich aber auch, dass ich durch meine zukünftige Arbeit auch diejenigen

überzeugen kann, die mir heute ihre Stimme nicht zu geben vermochten. Deshalb werde ich alles daransetzen, dieses Amt so auszufüllen, wie es die Verfassung dieses Landes und die Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses erfordern: das Parlament gerecht, ohne Ansehen der Person oder politischen Richtung zu leiten und mich nach außen, aber auch nach innen zum Wohle des gesamten Parlaments einzusetzen und dabei Neutralität und Sachlichkeit walten zu lassen. Dafür werbe ich im Sinne einer guten Zusammenarbeit mit allen Abgeordneten um Ihre Unterstützung. Dies gilt insbesondere für die weitere Verbesserung der Streitkultur in der parlamentarischen Arbeit, damit der Landtag ein Ort sein möge, an dem Inhalte und Argumente zählen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Politik ist eine Sache, die Menschen verbinden soll. Daher ist es wichtig, dass gerade wir Politiker, deren Reputation im Allgemeinen in der Öffentlichkeit nicht auf den vorderen Plätzen rangiert, gemeinsam dafür sorgen, dass die wichtigsten Probleme dieses Landes gelöst werden. Die Überzeugung, dass wir konstruktiv zusammenarbeiten können, auch wenn wir unterschiedliche Überzeugungen, Lebenswelten oder politische Auffassungen haben, ist ein Grundverständnis von Politik. Das Vermögen, einander zuzuhören und Argumente und Fakten in der Sache hart, aber ohne persönlich zu verletzen, auszutragen, sind Eigenschaften, die auch die Bürger, die uns alle gewählt haben, von uns Politikerinnen und Politikern erwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie, dass ich an dieser Stelle einige Worte an den scheidenden Landtagspräsidenten richte.

Sehr geehrter Herr Kuessner, Johann Wolfgang von Goethe sagte einst: „Das Betragen ist ein Spiegel, in welchem jeder sein Bild zeigt.“ Ich kann Ihnen versichern, es war ein gutes Bild, was die Abgeordneten des Landtages in den vergangenen vier Jahren von Ihnen darin gesehen haben. Ihre ruhige, sachliche, aber bestimmte Art war prägend und setzt hohe Maßstäbe an Ihre Nachfolger.

(Beifall bei der SPD und
Abgeordneten der CDU und PDS)

Für die von Ihnen geleistete Arbeit möchte ich mich – sicherlich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der letzten Wahlperiode – recht herzlich bedanken und Ihnen für die zukünftigen Aufgaben, aber auch persönlich alles, alles Gute wünschen.

(Beifall bei der SPD und
Abgeordneten der CDU und PDS)

Unser Dank gilt auch den Vizepräsidenten Frau Holznagel und Herrn Bluhm, die den Präsidenten gemeinsam mit dem Ältestenrat unterstützt haben, und natürlich auch den Schriftführern des letzten Landtages.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Garanten dafür, dass hier im Plenum und in der täglichen Arbeit alles reibungslos funktioniert, sind auch die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und der Fraktionen, die meist im Hintergrund wirken. Ohne sie könnten wir als Abgeordnete unsere Aufgaben aber wohl kaum bewältigen. Deshalb auch Ihnen Dank und Anerkennung, verbunden mit der Hoffnung auf eine gute und kollegiale Zusammenarbeit in der 4. Legislaturperiode dieses Landtages.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Der 3. Landtag hat einvernehmlich seine parlamentarischen Regeln neu definiert. Wir haben damit eine gute Grundlage, um uns sachlich-konstruktiv für eine gedeihliche Entwicklung unseres Bundeslandes einzubringen.

Es gab immer Grundsatzfragen, in denen wir parteiübergreifenden Konsens in diesem Hause erzielt haben. Das war zum Beispiel die klare Positionierung für unsere Demokratie und gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Diesen Konsens wünsche ich mir auch für die kommenden vier Jahre und hoffe, dass wir wie in der Vergangenheit noch viele weitere Themen finden, in denen das Haus Einigkeit demonstrieren kann. Denn neben dem Streit in der Sache gibt es Grundwerte, denen wir uns alle gleichermaßen verpflichtet fühlen – und das sollen die Menschen in diesem Land wissen und spüren.

Nicht nur für mich war es in den letzten Tagen bedrückend zu erleben, wie erneut Rechtsextremisten – zusammengekarrt vorwiegend aus anderen Bundesländern – in meiner Heimatstadt Neubrandenburg aufmarschiert sind und in skandalöser Weise zum Abschluss auch noch auf den Rathaustreppen für ein Gruppenbild posieren konnten. Freiheit in der Demokratie bedeutet zwar die Freiheit des Andersdenkenden. Extremistische Tendenzen jedoch überschreiten das Maß des Tolerierbaren und gefährden die Demokratie. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen! Damit antidemokratischem Gedankengut der Nährboden entzogen werden kann, müssen die entwickelten Strategien und Konzeptionen, vor allem über Bildung und Erziehung und insbesondere über politische Bildung, konsequent umgesetzt werden.

Ich sehe meine Aufgabe als Landtagspräsidentin auch darin, für Zivilcourage und gesellschaftliches Engagement im Interesse des Gemeinwohles einzutreten. Dies sind Werte, die durch die Politik vorgelebt und bei den Mitmenschen gestärkt werden müssen. Kein politisch verantwortlich Handelnder darf der Versuchung nachgeben, aus fremdenfeindlichen Stimmungen Kapital zu schlagen. Der sorgsame und von Fingerspitzengefühl geprägte Umgang mit dem Wort gehört dabei für mich an die erste Stelle. Für Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gibt es Ursachen, aber nichts kann sie rechtfertigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will mich in meinem Amt für mehr Transparenz in der Politik und im Parlament einsetzen. Viele Menschen verstehen oftmals nicht, warum und worüber wir hier manchmal streiten. Wir benutzen Fachausdrücke, die sich den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer erschließen. Entscheidungsabläufe im Parlament und im Zusammenspiel von Regierung und Landtag können wir manchmal nur schwer vermitteln. Die Menschen fragen sich, warum dauert es oft so lange, bis Entscheidungen getroffen werden. Ich denke, es muss uns besser gelingen, klar zu machen, dass Abläufe in der parlamentarischen Demokratie Zeit benötigen. Zeit, um die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen mit einzubeziehen, um nicht Regelungen zu schaffen, die an den Menschen und ihren Bedürfnissen vorbeigehen. Dazu gehört auch zu erklären, wer eigentlich an welcher Stelle und in welchem Maße für die Gestaltung unseres Gemeinwesens verantwortlich ist. Das betrifft die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von Landesregierung und Landtag. Noch mehr betrifft es aber die Frage, wann Brüssel, wann Berlin, wann Schwerin und wann die Kommune etwas regelt.

Wir werden in den kommenden Jahren wichtige Entscheidungen über zukunftsfähige Gebietsstrukturen und Verwaltungen fällen müssen. Ziel muss es sein, Entscheidungen so bürgernah wie möglich treffen zu können. Je näher am Bürger die Entscheidung fällt, umso besser können seine Belange berücksichtigt werden. Mein Anliegen ist, es für die Menschen leichter zu machen, diese Prozesse zu begleiten und zu akzeptieren.

Wir werden uns des Themas der Transparenz auch im Hinblick auf die Regelungen auf europäischer und bundesstaatlicher Ebene zukünftig verstärkt widmen. Die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Länderparlamente hat dazu einen Konvent installiert, bei dem zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden der Parlamente nach Möglichkeiten zur Änderung der Zuständigkeitsordnung zwischen Europa, dem Bund und den Ländern gesucht werden soll. Auch hier gilt es, in stärkerem Maße zu verdeutlichen, wer auf welcher Ebene Entscheidungen zu verantworten hat.

Wenn die Politik, wenn wir Politikerinnen und Politiker hier unserer Verantwortung nicht nachkommen, werden wir auf wenig Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern stoßen, aber noch weniger dazu motivieren können, Demokratie aktiv mitzugestalten.

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle insbesondere unsere neuen und jungen Abgeordneten recht herzlich in diesem Hause begrüßen. Sie sind eigentlich der Beweis dafür, dass die eben angesprochene Politikverdrossenheit noch nicht so weit gediehen ist, dass wir dieses Haus nicht füllen könnten. Ich heiße Sie herzlich willkommen, verbunden mit dem Wunsch auf eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres Thema, das uns auch zukünftig beschäftigen wird, ist die Verbesserung der Chancen für unsere Jugend. Wir müssen den jungen Menschen in unserem Land Perspektiven bieten und wir müssen jungen Menschen aus anderen Bundesländern und der Welt zeigen, dass es sich lohnt, nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. Dies ist eine Aufgabe, die uns alle angeht und zu der auch jeder seinen Beitrag leisten kann.

Nicht nur aus diesem Grund ist es für uns wichtig, dass wir uns in den kommenden Jahren national und international weiter öffnen. Im Verlauf der vor uns liegenden vier Jahre werden wir zahlreiche neue Mitglieder in der Europäischen Union begrüßen können. Für uns von besonderer Bedeutung ist natürlich der Beitritt der Republik Polen zur EU. Dies bietet uns in Mecklenburg-Vorpommern und vor allem in Vorpommern große wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Chancen. Um diese Chancen ergreifen zu können, müssen wir uns vor allem im vor uns liegenden Jahr 2003 auf die auf uns zukommenden Veränderungen vorbereiten.

Der 3. Landtag hat dafür mit seiner Kooperation mit dem Sejmik Westpommern in Stettin eine hervorragende Ausgangsbasis geschaffen. Es sind vertrauensvolle, freundschaftliche Kontakte entstanden, die es fortzuführen und auszubauen gilt. Ich gehe davon aus, dass wir in der vor uns liegenden Wahlperiode die von den Ausschüssen begonnenen Kooperationsprojekte fortsetzen und fortschreiben werden. Und ich persönlich würde es besonders begrüßen, wenn es uns künftig gelänge, auch verstärkt junge Menschen aus unserem Land und aus der Woiwodschaft Westpommern in Projekte einzubeziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir auch der Verpflichtung bewusst, die damit verbunden ist, dass wir auf den wohl schönsten Sitz eines bundesdeutschen Landtages verweisen können. So schön das Schweriner Schloss ist, so vielschichtig sind auch die Probleme, die eine derartige Liegenschaft in sich birgt. Die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten und Mitarbeiter sind noch längst nicht immer ideal und es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, dies in den kommenden vier Jahren weiter zu verbessern. Einschränkungen und Umzüge in den anstehenden Bauphasen werden sich nicht vermeiden lassen, müssen aber so organisiert und durchgeführt werden, dass ein Höchstmaß an Arbeitsfähigkeit und ein Mindestmaß an Belastungen gewährleistet werden. Sicherlich wäre es einfacher, in einem modernen Parlamentsbau zu sitzen, der genau auf die Bedürfnisse eines Landtages zugeschnitten ist, aber wir haben dafür mit dem Schloss auch ganz andere Chancen und Möglichkeiten, dieses nicht nur als Parlamentssitz, sondern auch zu einer Begegnungsstätte mit den Menschen bei uns weiterzuentwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns nun gemeinsam an die Arbeit gehen! Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Wahl der Vizepräsidenten des Landtages. Hierzu liegen Ihnen Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und PDS vor. Die Fraktion der CDU schlägt auf Drucksache 4/3 zur ersten Vizepräsidentin des Landtages die Abgeordnete Renate Holznagel vor. Für die Wahl des zweiten Vizepräsidenten verweise ich auf die vorliegende Drucksache 4/4, mit der die Fraktion der PDS vorschlägt, den Abgeordneten Andreas Bluhm zum zweiten Vizepräsidenten zu wählen.

Wahl der Vizepräsidenten

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU:
Wahl der ersten Vizepräsidentin
des Landtages
– Drucksache 4/3 –

Wahlvorschlag der Fraktion der PDS:
Wahl des zweiten Vizepräsidenten
des Landtages
– Drucksache 4/4 –

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung sind die Wahlen geheim abzuhalten. Nach Artikel 32 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Es ist vereinbart worden, dass wir die Wahl der ersten Vizepräsidentin und des zweiten Vizepräsidenten abweichend von Paragraph 2 Absatz 2 der Geschäftsordnung in einem Wahlgang, jedoch mit zwei Stimmzetteln vornehmen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann können wir so verfahren.

Für die Wahl der ersten Vizepräsidentin erhalten Sie einen grünen Stimmzettel und zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten erhalten Sie einen gelben Stimmzettel. Die für

die Wahlen allein gültigen grünen und gelben Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von einem der vorläufigen Schriftführer vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist jeweils der Name der Kandidatin beziehungsweise des Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Die Stimmzettel sind in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie Ihre Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei Ja, Nein oder Enthaltung enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Die Abstimmungsurne ist leer.

Ich eröffne hiermit die Abstimmung zur Wahl der Vizepräsidenten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Ich bitte die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten für die Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 15.27 Uhr

Wiederbeginn: 15.48 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der ersten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben. Davon waren 71 Stimmen gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Renate Holznagel 54 Abgeordnete mit Ja,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

13 Abgeordnete mit Nein und 4 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ich stelle fest, dass die Abgeordnete Renate Holznagel die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Frau Holznagel: Nehmen Sie die Wahl an?

Renate Holznagel, CDU: Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Vizepräsidentin, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses. Auch ich selbst wünsche Ihnen Glück und Erfolg für Ihr verantwortungsvolles Amt zum Wohle unseres Landes und uns eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS – Gratulationen)

Ich gebe nunmehr das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben. Davon waren 71 Stimmen gültig. Es stimmten für den Abgeordneten Andreas Bluhm 59 Abgeordnete mit Ja,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

9 Abgeordnete mit Nein, 3 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Andreas Bluhm die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Herr Bluhm: Nehmen Sie die Wahl an?

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen des Hohen Hauses.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Vizepräsident, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses. Auch ich wünsche Ihnen Glück und Erfolg für Ihr verantwortungsvolles Amt zum Wohle unseres Landes und uns eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU – Gratulationen)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Wahl der Schriftführer des Landtages.

Wahl der Schriftführer

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Wahl der Schriftführer des Landtages – Drucksache 4/10 –

Nach Artikel 29 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung sind vom Landtag die Schriftführer und deren Stellvertreter zu wählen.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 Absatz 2 der soeben beschlossenen Geschäftsordnung des Landtages ist die Wahl der Schriftführer des Landtages geheim abzuhalten.

Auf Drucksache 4/10 liegt Ihnen ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS vor. Ich bitte Sie, auf diesem gemeinsamen Wahlvorschlag eine Korrektur vorzunehmen. Unter der Überschrift „Schriftführer“ muss es bei der Abgeordneten Karin Schmidt Fraktion der PDS und nicht Fraktion der CDU heißen.

(Angelika Gramkow, PDS: Darauf bestehen wir. – Heinz Müller, SPD: Ich habe mich schon gewundert. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Die bereits verteilten Wahlvorschläge werden von ihren Antragstellern zurückgezogen. Die Fraktionen haben sich

darauf verständigt, die Schriftführer und deren Stellvertreter in offener Abstimmung in einem Wahlgang zu wählen. Gemäß Paragraph 109 der Geschäftsordnung kann im Einzelfall durch Beschluss des Landtages eine Abweichung von der Geschäftsordnung zugelassen werden, wenn nicht eine Fraktion oder vier Mitglieder des Landtages widersprechen. Ich gehe davon aus, dass die offene Wahl Ihre Zustimmung findet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Gemäß Paragraph 2 Absatz 2 Satz 2 der Geschäftsordnung ist interfraktionell vereinbart worden, drei Schriftführer und drei stellvertretende Schriftführer zu wählen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, damit ist gemäß Paragraph 2 Absatz 2 Satz 2 der Geschäftsordnung beschlossen, drei Schriftführer und drei stellvertretende Schriftführer zu wählen.

Ich lasse jetzt über den Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/10 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/10 angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, auch den Schriftführern und ihren Stellvertretern eine gute Zusammenarbeit mit uns zu wünschen. Für die Zukunft alles Gute!

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der konstituierenden Sitzung. Zur nächsten Sitzung wird entsprechend der Geschäftsordnung des Landtages eingeladen.

Ich muss noch sagen, die Sitzung ist geschlossen, was ich hiermit tue.

Schluss: 15.56 Uhr

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl der
Präsidentin des Landtages teilgenommen haben
– Drucksache 4/2 –

1.	Ankermann, Michael	CDU
2.	Dr. Backhaus, Till	SPD
3.	Baunach, Norbert	SPD
4.	Bluhm, Andreas	PDS
5.	Borchert, Rudolf	SPD
6.	Dr. Born, Ulrich	CDU
7.	Bretschneider, Sylvia	SPD
8.	Brick, Martin	CDU
9.	Brodkorb, Mathias	SPD
10.	Dr. Bunge, Martina	PDS
11.	Caffier, Lorenz	CDU
12.	Dankert, Reinhard	SPD
13.	Fiedler, Kerstin	CDU
14.	Friedrich, Holger	SPD
15.	Friese, Siegfried	SPD
16.	Glawe, Harry	CDU
17.	Gramkow, Angelika	PDS
18.	Heydorn, Jörg	SPD
19.	Holter, Helmut	PDS
20.	Holznagel, Renate	CDU
21.	Dr. Jäger, Armin	CDU
22.	Jarchow, Hans-Heinrich	SPD
23.	Keler, Sigrid	SPD
24.	Kokert, Vincent	CDU
25.	Koplin, Torsten	PDS
26.	Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD
27.	Krumbholz, Bodo	SPD
28.	Liskow, Egbert	CDU
29.	Lochner-Borst, Ilka	CDU
30.	Lohse, Frank-Ronald	CDU
31.	Lück, Regine	PDS
32.	Mahr, Beate	SPD
33.	Mohr, Klaus	SPD
34.	Monegel, Hannelore	SPD
35.	Müller, Detlef	SPD
36.	Müller, Heinz	SPD
37.	Neumann, Karsten	PDS
38.	Dr. Nieszery, Norbert	SPD
39.	Peters, Angelika	SPD
40.	Petters, Andreas	CDU
41.	Polzin, Heike	SPD
42.	Prachtl, Rainer	CDU
43.	Rehberg, Eckhardt	CDU
44.	Renz, Torsten	CDU
45.	Riemann, Wolfgang	CDU
46.	Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
47.	Dr. Ringstorff, Harald	SPD
48.	Ritter, Peter	PDS
49.	Schildt, Ute	SPD
50.	Schlotmann, Volker	SPD
51.	Schlupp, Beate	CDU
52.	Schmidt, Karin	PDS
53.	Schubert, Bernd	CDU
54.	Schulte, Jochen	SPD
55.	Schulz, Gabriele	PDS
56.	Schwarz, Thomas	SPD
57.	Schwebs, Birgit	PDS
58.	Dr. Seemann, Margret	SPD
59.	Sellering, Erwin	SPD
60.	Skrzepski, Gesine	CDU
61.	Dr. von Storch, Henning	CDU
62.	Strenz, Karin	CDU
63.	Thomas, Reinhardt	CDU
64.	Dr. Timm, Gottfried	SPD
65.	Timm, Udo	CDU
66.	Vierkant, Jörg	CDU
67.	Voland, Angelika	SPD
68.	Walther, Gerd	PDS
69.	Wiebensohn, Lilly	SPD
70.	Wien, Alexa	PDS
71.	Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl der Vizepräsidenten des Landtages teilgenommen haben
– Drucksache 4/3 –
– Drucksache 4/4 –

1.	Ankermann, Michael	CDU
2.	Dr. Backhaus, Till	SPD
3.	Baunach, Norbert	SPD
4.	Bluhm, Andreas	PDS
5.	Borchert, Rudolf	SPD
6.	Dr. Born, Ulrich	CDU
7.	Bretschneider, Sylvia	SPD
8.	Brick, Martin	CDU
9.	Brodkorb, Mathias	SPD
10.	Dr. Bunge, Martina	PDS
11.	Caffier, Lorenz	CDU
12.	Dankert, Reinhard	SPD
13.	Fiedler, Kerstin	CDU
14.	Friedrich, Holger	SPD
15.	Friese, Siegfried	SPD
16.	Glawe, Harry	CDU
17.	Gramkow, Angelika	PDS
18.	Heydorn, Jörg	SPD
19.	Holter, Helmut	PDS
20.	Holznagel, Renate	CDU
21.	Dr. Jäger, Armin	CDU
22.	Jarchow, Hans-Heinrich	SPD
23.	Keler, Sigrid	SPD
24.	Kokert, Vincent	CDU
25.	Koplin, Torsten	PDS
26.	Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD
27.	Krumbholz, Bodo	SPD
28.	Liskow, Egbert	CDU
29.	Lochner-Borst, Ilka	CDU
30.	Lohse, Frank-Ronald	CDU
31.	Lück, Regine	PDS
32.	Mahr, Beate	SPD
33.	Mohr, Klaus	SPD
34.	Monegel, Hannelore	SPD
35.	Müller, Detlef	SPD
36.	Müller, Heinz	SPD
37.	Neumann, Karsten	PDS
38.	Dr. Nieszery, Norbert	SPD
39.	Peters, Angelika	SPD
40.	Petters, Andreas	CDU
41.	Polzin, Heike	SPD
42.	Prachtl, Rainer	CDU
43.	Rehberg, Eckhardt	CDU
44.	Renz, Torsten	CDU
45.	Riemann, Wolfgang	CDU
46.	Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
47.	Dr. Ringstorff, Harald	SPD
48.	Ritter, Peter	PDS
49.	Schildt, Ute	SPD
50.	Schlotmann, Volker	SPD
51.	Schlupp, Beate	CDU
52.	Schmidt, Karin	PDS
53.	Schubert, Bernd	CDU
54.	Schulte, Jochen	SPD
55.	Schulz, Gabriele	PDS
56.	Schwarz, Thomas	SPD
57.	Schwebs, Birgit	PDS
58.	Dr. Seemann, Margret	SPD
59.	Sellering, Erwin	SPD
60.	Skrzepski, Gesine	CDU
61.	Dr. von Storch, Henning	CDU
62.	Strenz, Karin	CDU
63.	Thomas, Reinhardt	CDU
64.	Dr. Timm, Gottfried	SPD
65.	Timm, Udo	CDU
66.	Vierkant, Jörg	CDU
67.	Voland, Angelika	SPD
68.	Walther, Gerd	PDS
69.	Wiebensohn, Lilly	SPD
70.	Wien, Alexa	PDS
71.	Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD

Herstellung: cw Obotritendruck GmbH Schwerin 220324/2002